



Originallayout



Schließen



Stadtteile

"Freiheit statt Vollbeschäftigung" erregt die Passanten

Frankfurter Soziologen wollen an U-Bahn-Ständen mit provozierenden Thesen Diskussionen anzetteln

Von Gitta Düperthal

In U-Bahnstationen, wo Plakate mit der Überschrift "Freiheit statt Vollbeschäftigung" aushängen, wird heftig über die dort veröffentlichten Thesen diskutiert. Auch an Infoständen des Frankfurter Soziologen-Kreises geht es sehr emotional zu.

Bornheim: 27. Oktober · Sagen Sie mal, was wollen Sie denn überhaupt?", erkundigt sich ein älterer Herr und weist gereizt auf das Plakat mit dem Titel "Freiheit statt Vollbeschäftigung", das über dem Infostand am Merianplatz hängt. Die Antwort des Soziologen Sascha Liebermann: "Wir schlagen ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle Bürger vor", unterbricht er: "Um Gottes Willen, die Sozialhilfe soll noch nicht mal an Kontrollen gebunden sein? Habt ihr denn noch alle Tassen im Schrank?" Sagt es, entschwindet in die U-Bahn-Station - um kurz darauf mit hochrotem Kopf wieder aufzutauchen und den Wissenschaftlern ein empörtes "Kommunismus, das hatten wir doch schon", entgegen zu schleudern.

Harsche Reaktionen

Für Liebermann, den Amerikanisten Axel Jansen, die Soziologen Thomas Loeur, Stefan Heckel und Gudrun Petasch sind solch harsche Reaktionen an Infoständen und bei Vorträgen keine neue Erfahrung. In akademischen Kreisen werde dies bloß vornehmer ausgedrückt: "Wo bleibt dann die Identitäts-stiftende Arbeit?" Kein Wunder, die These der Wissenschaftler-Initiative, die sich Anfang 2003 aus dem Kollegenkreis des Frankfurter Soziologie-Professor Ulrich Oevermann gründete, stellt auf den Kopf, was Politik, Gewerkschaften, Arbeitgeberverband und andere Organisationen verkünden: Der Wohlstand sei Ergebnis erfolgreicher Innovationen und müsse auf alle Bürger des Landes verteilt werden. Auf viel unnötige Arbeit könne nun verzichtet werden, sie werde durch programmierbare Automaten verrichtet. Vollbeschäftigung sei also sowieso nicht mehr herzustellen. Warum also Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger zur Arbeit zwingen?

"Warum nicht lieber darauf vertrauen, dass Bürger freiwillig sinnvolle Aufgaben für das Gemeinwesen verrichten?", sagt Gudrun Petasch. Doch genau das fällt selbst liberaleren Bürgerinnen schwer. Selbst eine Dame, 1920 geboren, die sich an frühere Zeiten erinnert, als die Arbeitslosigkeit in der Weimarer Republik eskalierte, stimmt nur partiell zu. Zwar ist auch sie der Ansicht, Beschäftigte, die den Wohlstand mit begründeten, müssten am Zuwachs des Kapitals teilhaben, und "Ein Euro-Jobs" seien unwürdig - doch ein System ganz ohne Kontrolle? Das könne nicht funktionieren.

"Eine typisch deutsche Denkart, zu meinen, der Einzelne mache nur etwas, wenn ihn jemand antreibt", kommentiert Liebermann. Dabei basiere Demokratie doch heute weitgehend auf Vertrauen: "Wir leben ja nicht im Polizeistaat." Jüngere Leute interessieren sich indes häufiger für eine Mitarbeit. Die Initiative sei aber kein Verein mit regelmäßigen Treffen, sondern will die öffentliche Debatte anstoßen.

www.FreiheitStattVollbeschäftigung.de

DÜP